

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Umtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschönbach bestimzte Blatt

Bezugspreis mit illustrierten Beilage Volt und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.-Mark., für Selbst-abholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.-Mark. ohne Bestellgeb. Telefon 72206 — Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Inseratenpreise: Die 10gsp. Koloniezeile 25 Pf., bei Plakatvorrichtung 40 Pf.
Stellenangebote 10gsp. Koloniezeile 25 Pf. Familiennotizen von Privaten
die 10gsp. Koloniezeile mit 50% Nachlass. Reklamezeile 2 Mtl. Unterrate v. ausw.:
die 10gsp. Koloniezeile 40 Pf. bei Plakatvorricht. 50 Pf. Reklamezeile 2.25 Mtl.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Aussträger, unsere Zweigställe und alle Postanstalten entgegen

Konzentration der Kräfte!

Trotz der reaktionären Welle in allen Ländern: vorwärts!

Eine Rede Fritz Adlers

In Prag tagte am Sonnabend und Sonntag ein von über 600 Delegierten besuchter Kongress der tschechoslowakischen, deutschen, polnischen und ungarischen sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakei. Wir berichten über den Verlauf der bedeutenden Tagung, deren Ziel war, eine gemeinsame Kampffront des sozialistischen Proletariats ohne Unterschied der Nationalität herzustellen, an anderer Stelle ausführlich. Daß dieser Kongress eine Welt über die Grenzen des vom Nationalitätsstreit zerstörten Nachfolgerstaates der alten Habsburger-Monarchie hinausgeht, wurde durch Mitanwesenheit der Genossen de Broussere (Brüssel) und Fritz Adler als Vertreter der Sozialistischen Arbeiterinternationale besonders unterstrichen. Stürmisch begrüßt von den Massen des sozialistischen Proletariats hielt Fritz Adler eine Rede, die mehr als eine übliche Begrüßungsrede. Er führte aus:

Über die Tschechoslowakei hinaus ist dieser Tag ein Tag der Zukunft der gesamten Sozialistischen Internationale. Erinnern wir uns an die Zeit vor fünf Jahren, an den Mai 1923 in Hamburg, wo wir den Versuch unternahmen, die zerstückte Kraft des Proletariats der verschiedenen Länder wieder in einer mächtigen internationalen Organisation zusammenzufassen. Heute, nach verhältnismäßig kurzer Spanne können wir sagen, daß dieser Versuch geblüft ist. In diesem Thrennen der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung dürfen wir auch daran erinnern, daß eine der schwierigsten der Internationale eben die Probleme des tschechoslowakischen Staates gewesen sind, und ich darf besonders unsere deutschen Genossen, die damals pessimistisch waren, daran erinnern, daß ich damals aus tiefster Überzeugung heraus sagte, daß das, was wir heute als Tatsache erleben, kommen müsse. Nicht als Distal der Internationale, sondern aus der Gewalt der kommenden Entwicklung. In Hamburg konnten wir über die Schwierigkeiten in der Tschechoslowakei nur durch die Einsetzung einer besonderen Kommission hinwegkommen. Als im Herbst 1923 in Prag diese Kommission unter dem Vorsitz Hunsmans tagte, da mußten wir uns sagen, daß der Moment zu einer Einigung noch nicht gekommen sei. Er hat auf sich warten lassen, aber heute ist dieser Moment gekommen, der nicht nur eine Stärkung der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung, sondern eine solche der gesamten Internationale ist.

Es sind jetzt eben 20 Jahre, seit das Kommunistische Manifest veröffentlicht wurde, und dieser Feiertag in all den vergangenen Jahrzehnten lehrte uns, daß gegenüber allen Interessen sozialer, nationaler oder selbst kultureller Art sich durchsetzt als mächtigste Kraft das Klasseninteresse. (Stürmischer Beifall.)

Heute sehen wir hier den Anfang einer solchen Durchsetzung des Klasseninteresses gegen Schwierigkeiten gewaltiger Art.

Wie erleben die Eruigung der Bourgeoisie ohne Unterschied der Nation.

und mit Freude können wir feststellen, daß damit das Klassenbewußtsein des Proletariats gefeiert wurde, daß es entschlossen ist, den Kampf gegen die Reaktion einzuführen. Diese Konzentration der Kräfte ist heute wichtiger denn je. Wir sehen, wie in allen Ländern die Reaktion gewachsen ist, wie die Konterrevolution sich in den verschiedensten Formen fast in allen Ländern auswirkt. Noch sind in der Tschechoslowakei große Schwierigkeiten zu überwinden, und wenn die sozialdemokratischen Parteien hier in Freundschaft gemeinsam die Probleme der Arbeitersklasse beraten, so ist es schmerzlich, zu wissen, daß ein anderer Teil des Proletariats nicht vertreten ist, dessen Aufgabe, wie es scheint, in der Spaltung des Proletariats liegt. (Bewegung.) Ihnen sagen wir es von dieser Stelle aus, daß wir, die Sozialdemokraten, es sind, die die Einheit schaffen werden. Wir glauben an keine Einheitsfront unter dieser oder jener Maße, solange die Einheit nicht politisch vollzogen ist. (Beifall.)

Das Jahr 1928, das mit diesem Kongress für die Sozialistische Internationale so verheißungsvoll beginnt, wird ein heiles Kampfjahr des internationalen Proletariats werden. In Deutschland, Frankreich und England, vielleicht auch in Belgien stehen Parlamentswahlen bevor. Die reaktionäre Welle hat in allen Ländern das Bürgertum zur Allianzherrschaft gebracht. Über mir sehe, wie diese Reaktionäre den Wahlen zitternd entgegensehen, und May erkennen wir, daß nach dem vorübergehenden Rückslag die Entwicklung allgemein wieder nach links geht.

Wir wünschen Ihnen und uns, daß, wenn wir im August in Brüssel zum III. Kongress der Arbeiterinternationale zusammentreten, wir sagen können, es war das Proletariat aller Nationen der Tschechoslowakei, das alle nationalen Schwierigkeiten überwand und sich zum gemeinsamen Kampfe zusammenfand! (Stürmischer Beifall.)

Flucht aus der Bandler-Wartei

Allianz-Halle aus der rechten SPD ausgegetreten

Otto Kilian in Halle, Mitglied des preußischen Landtags und des Halleschen Magistrats, ist aus der KPD ausgetreten.

*

Das deutsche Zentralorgan der linken Kommunisten, der „Volkswille in Suhl“, teilt dazu mit: Der Anlaß zu diesem Schritt war eine mäßige Beijmpfung und Bedrohung unseres alten Genossen durch den rechten Pol-Leiter der SP-D Halle, Schröder. Genosse Kilian hatte gegen die hinter dem Rücken der Wartemitsgliedschaft erfolgte Antstellung des Brandenberger Baumgartl in der SP-D und gegen eine geplante Versammlung von Rudi Wohlsteins im Bezirk protestiert.

Der Pol-Leiter Schröder versuchte, den Brandenberger mit unflätigen Beijmpfungen des nunmehr austretenden Genossen Kilian zu rechtfertigen.

Die Außenpolitik des Herrn Stresemann

Zum deutschen Sicherheits-Memorandum

Am Freitag ist in Prag jenes Komitee zusammengetreten, das der Völkerbund eingesetzt hatte, auf daß die Ausrüstung nach den strengen Prinzipien der vorhandenen und notwendigen Sicherheit besorgt werde. Unter der Obhut des Völkerbundschinrers für Sicherheitsfragen, des Herrn Dr. Eduard Beneš, werden nun die Herren am grünen Tisch ihre Aufgabe diskutierenderweise erfüllen, die Memoranden verhandeln, Thesen aufstellen und ähnliches Handwerk erledigen, und schließlich werden die Registrierungschränke im Generalkonsulat freien müssen ob der vielen neuen Dokumente: aber für den von den Prager Herrschaften zu beschirmenden Weltfrieden wird schwerlich auch nur ein kleines Mäuselein herauskommen. Es liegen vor je ein Memorandum von England, Deutschland, Schweden und Norwegen. Das englische Memorandum ist in diesen Spalten bereits ausführlich gewürdigt worden und es wurde festgestellt, daß es sehr gut den völkerrechtlichen Ausdruck für die imperialistische Politik der großbritannischen Regierung abgibt. Wenn der Völkerbund der ihm nach seiner Satzung auferlegten Pflicht, eine Weltabrüstung herbeizuführen, nach der Weise der Generale vorbereitenden Abrüstungskommission in der Weise nachkommt, daß er im Rahmen der Abrüstung noch ein Organ der Sicherheitler entstehen läßt, so ist diese hilflose Zweiteilung nur ein Ausdruck dafür, daß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung keine wirkliche Abrüstung durchführbar ist. Mit jener einen Einschränkung, auf die schon hingewiesen wurde: Abrüstung des Militärs durch scharfen Kampf der Arbeiterparteien gegen den Militarismus im eigenen Lande, Abrüstung der „potentiellen Kriegsfähigkeit“ durch den organisierten Generalstreik des Proletariats im Kriegsfall, der auch die Stilllegung der chemischen Industrie usw. herbeiführen wird.

Von der Arbeit des Sicherheitskomitees erwarten wir, Sozialisten also nichts. Die Dokumente, die als Unterlage der Diskussion von den einzelnen Regierungen angefertigt worden sind, müssen jedoch auf ihren sozialen Kern geprüft werden. Selbstverständlich werden uns die in jedem der veröffentlichten Memoranden enthaltenen Lobgesänge auf den Weltfrieden den Blick für die Wirklichkeit nicht trüben lassen. Selbstverständlich gehen wir Sozialisten an die Kritik solcher Memoranden nicht mit jener bequemen Einstellung heran: da im Kapitalismus nichts zu machen ist, holt der Teufel, sondern haben ein fest unrichtiges Programm auch für jene Dinge, die die Kriegsgefahr im Kapitalismus nicht beseitigen, doch herabmindern und einen Boden schaffen können, der für die selbständige Friedensarbeit des Weltproletariats günstig ist. Als solche Programmpunkte können die in dem Generalkomprot enthaltenen, keineswegs vollkommenen Gedanken genannt werden, die von den internationalen Kongressen der Sozialisten weitergeführt wurden: generelles Vertragssystem der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit usw. Wir glauben, daß die vorliegenden Memoranden zur Sicherheitsfrage die Sozialisten eines jeden Landes veranlassen müssen, die Politik der eigenen Regierung zu prüfen. Dazu z. B. die Außenpolitik Herrn Chamberlains eine „pazifistische“ Politik sei, ist von Sozialisten kaum jemals angenommen worden, am allerwenigsten von den englischen Genossen selbst. Anders wird Herr Stresemann an geachtet. Die Legende, daß die von ihm geführte Außenpolitik vom sozialistischen Standpunkt aus gesehen gut sei, „unstreitbar“ sei, hat allmählich an Glaubenskraft eingebüßt, nachdem sie nicht unwe sentlich dazu beigetragen hatte, die Schlagkraft der deutschen Sozialisten zu hemmen. Die deutschen „Bemerkungen zu dem Arbeitsprogramm des Sicherheitskomitees“, die von uns am Sonnabend veröffentlicht wurden, sind ein weiterer Beleg dafür, daß die deutsche Außenpolitik sich von der englischen darin unterscheidet, daß Chamberlain kann, Stresemann will, aber nicht kann; noch nicht kann.

Ist es richtig, daß des Deutschen Reiches Außenminister jener Unschuldsgenel ist, als welchen ihn Georg Bernhard anpreist, dann müßte man von ihm erwarten, daß er im Rahmen des Völkerbundes alle Hebel in Bewegung gesetzt hätte, um völkerrechtlichen Bestimmungen zur Kriegsverhinderung zu erweitern. Man hätte erwarten müssen, daß Stresemann auf den bisherigen Völkerbundtagungen die Versuche, die darauf ausgingen, gestützt und jetzt in seinem Sicherheitsmemorandum einen Alarmruf losgelassen hätte, zumindest für die Realisierung der Gedanken des Generalkomites und für die Änderung des Völkerbundstatuts in jenen Punkten, die die Schlichtung internationaler Konflikte betreffen. Herzlich wenig wäre das, hätte es Herr Stresemann getan, gewesen; aber wir verlangen von ihm nicht die Erfüllung sozialistischer Parteioprogramme. Was aber ist und tut Herr Stresemann? Als auf der Septembertagung des Völkerbundes von den Kleinen der Verlust gemacht wurde, eine Diffamierung jedes Krieges durchzuführen, war Herr Stresemann nicht an der Seite der Kleinen, sondern an der des Herrn Chamberlain zu finden. Das hätte eigentlich genügen müssen, um der Stresemann-Legende von „unserer Politik“ den letzten Rest zu nehmen. In dem deutschen

Neuer Wahlsieg in Mecklenburg

Weiterer Aufstieg der Sozialdemokratie

SPD Neustrelitz, 30. Januar. (Radio.)

Am Sonntag fanden in Mecklenburg-Strelitz die Neuwahlen zum Landtag statt. Der am 4. Juli vorigen Jahres gewählte Landtag hatte sich am 19. Dezember auf Grund eines Urteils des Staatsgerichtshofes über die Behandlung der Urteile des Splitterparteien aufgelöst. Das Ergebnis der Wahl ist eine weitere Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen,

während sowohl die Deutschnationalen wie die Kommunisten neue Verluste zu verzeichnen haben. Im Vergleich zu den Reichstagswahlen in Mecklenburg-Strelitz im Jahre 1924 erhöhte die Sozialdemokratie am Sonntag ihre Stimmenzahl von 11.304 auf 19.264. Der gleiche Vergleich ergibt darüber für die Kommunisten einen Rückgang von 8.082 auf 3.584 Stimmen und für die Deutschnationalen von 14.966 auf 10.606. Noch katastrophaler als für die Kommunisten ist das Ergebnis für die Bölkischen. Sie sind im Verlauf von 4 Jahren von 12.866 Stimmen auf 1.900 Stimmen heruntergegangen. Auch die Volkspartei und die Demokraten haben im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen starke Verluste zu verzeichnen. Sieger auf der ganzen Linie ist ausgeschließlich die Sozialdemokratie.

Die Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen bei der gestrigen Wahl kommt in einem Zuwachs der Mandatsziffer von 12 auf 18 zum Ausdruck. Schon bei den Juliwahlen hatte die sozialdemokratische Partei verhältnismäßig große Gewinne zu verzeichnen.

Die Kommunisten, die an sich nur 3 Sitze hatten, werden in Zukunft nur noch mit zwei Mandaten vertreten sein. Der Auswertungspartei, die zum erstenmal in Mecklenburg-Strelitz kandidierte, gelang es, ein Mandat zu gewinnen.

Im einzelnen verteilen sich die Stimmen und Mandate nach den vorläufigen Feststellungen wie folgt:

Sozialdemokratische Partei	Stimmen	Mandate
Verband der Haus- und Grundbesitzervereine	1.553 (1.500)	1 (1)
Kommunistische Partei	3.564 (4.172)	2 (3)
Bund für Handwerk und Gewerbe	5.172 (4.615)	4 (4)
Deutschnationaler Volkspartei	10.606 (10.415)	9 (10)
Auswertungs- und Volksrechtspartei	1.886 (0)	1 (0)
Deutsche Volkspartei	1.825 (2.031)	1 (1)
Vereinigte Schächter, Siedler und Häusler	1.414 (0)	1 (0)
Deutschvölkische Freiheitsbewegung	1.660 (2.204)	1 (1)
Bund der Kleinlandwirte	605 (1.768)	0 (1)
Der Dorfbund	559 (0)	0 (0)
Deutsche Demokratische Partei	2.362 (3.058)	2 (2)
Deutsche Reformpartei	128 (0)	0 (0)

Der deutsch-litauische Schiedsvertrag

Wie wir erfahren, sind die Verhandlungen zwischen dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann und dem litauischen Ministerpräsidenten Boldemasas über den deutsch-litauischen Schiedsgerichtsvertrag heute zum Abschluß gebracht worden.